Beilage zu Nummer 82 der Volksstimme.

Donnerstag den 6. April 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 6. April 1916.

Die Kaffee- und Tee-Versorgung.

Beschlagnahme von Kaffee-, Tee- und Zichorie.

Abermals hat das Reich eine tief in das Wirtschaftsleben eingreifende Maßnahme getroffen: fünf Bekanntmachungen des Bundesrats und des Reichskanzlers regeln die Einfuhr von Kaffee und Tee aus dem Auslande, sowie den Verkehr in Kaffee, Tee und Kaffeeersatzmitteln. Die Einfuhr wie der Gesamtverkehr werden von nun ab in den Händen eines neu zu begründenden Kriegsausschusses (Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin) monopolisiert. Wer Rohkaffee in Mengen von mehr als 10 Kilogramm oder mehr als 5 Kilogramm Tee in Gewahrsam hat, hat diese Vorräte anzuzeigen und auf Verlangen an den Kriegsausschuß zu liefern. Erfolgt die Lieferung nicht freiwillig, so findet Enteignung statt. Der Kriegsausschuß setzt auch den Uebernahmepreis, und zwar endgültig fest. Für Zichorienwurzel, grün oder gedarrt, ist ein Verfütterungsverbot ergangen. Zichorienwurzel soll von nun an ausschließlich der menschlichen Ernährung dienen. Auch hier werden sämtliche vorhandenen Bestände an gedarrten Zichorien zugunsten des genannten Kriegsausschusses beschlagnahmt. Der Uebernahmepreis soll 32 Mark für 100 Kilogramm nicht übersteigen.

Leider kommt auch diese Maßnahme reichlich spät. Diese Beschlagnahme von Kaffee und Tee hätte schon vor Monaten erfolgen müssen. In der Zwischenzeit hatten Spekulanten, Unternehmer, Gemeinden und vermögende Private nicht nur reichlich Gelegenheit, tüchtig einzuhamstern — denn vor Wochen sah man ja schon, was kommen würde —, sondern die Preise sind auch auf eine schwindelhafte Höhe gestiegen. Das hätte vermieden werden können, wenn man den Kaffee- und Teeverbrauch rechtzeitig organisiert hätte.

Die Regierung nimmt selbst an, daß tüchtig „eingehamstert" worden ist, denn sie sagt, daß man nach einer erfolgten Bestandsaufnahme zurzeit in Deutschland mit einem Bestand von Kaffee im freien Verkehr in Höhe von etwa 350 000 Sack (zu 60 Kilogramm) rechnen kann. Das würde nach Maßgabe des bisherigen Verbrauchs für etwa 1½ Monate ausreichen, während Heer und Marine zurzeit noch auf längere Zeit (etwa 4 Monate) eingedeckt sind.

Die angeordnete Beschlagnahme erstreckt sich auf alle Bestände, mit Ausnahme von geröstetem Kaffee, der erfahrungsgemäß etwa ⅛ des Gesamtkaffeebestandes ausmacht.

Als Ersatz für den Kaffee kommt in erster Linie der Tee in Betracht. Der vorhandene Bestand an Tee würde bei dem bisherigen Verbrauch für etwa 1 Jahr reichen. In dem Augenblick aber, wo Kaffee vom deutschen Markte verschwindet oder knapp wird, würde natürlich der Teeverbrauch gewaltig zunehmen, die vorhandenen Teebestände würden sehr schnell aufgezehrt sein und der Uebergang vom Kaffee- zum Teegenuß würde sicherlich zugleich starke Preissteigerungen und Preistreibereien zur Folge haben. Aus diesen Gründen ist auch die Bewirtschaftung des Tees angeordnet und die etwaige Einfuhr zentralisiert.

Die Hauptersatzmittel für Kaffee sind aber anderer Art. In erster Linie kommt hier die Zichorie in Frage, die in Deutschland in drei Gebieten, in der Gegend von Magdeburg, in Württemberg und Schlesien, angebaut wird. Die hauptsächlichsten ausländischen Produktionsgebiete befinden sich zurzeit ebenfalls in deutscher Hand, nämlich Belgien, Nordfrankreich und Russisch-Polen. Wie schon 1915, so wird eventuell auch in diesem Jahre die Zichorienernte der besetzten Gebiete an die deutsche Industrie abgeführt werden, nach Abzug der für den eigenen Bedarf jener Gebiete erforderlichen Mengen. Die deutsche Zichorienernte hat vorübergehend zu Futterzwecken dienen müssen. In der Folge sind die Zichorienpreise durch die Futtermittelhändler sofort auf eine bis dahin nie gesehene Höhe getrieben worden. Die Neuregelung der Dinge sieht infolgedessen für Zichorien nicht nur die Beschlagnahme, sondern auch die gesetzliche Festlegung eines bestimmten, den Verhältnissen angemessenen Preises vor.

Aber auch Tee und Zichorien zusammengenommen werden, zumal bei dem vermutlich bald eintretenden, fast völligen Ausfall von Kakao, nicht in der Lage sein, dem deutschen Konsum den gesperrten Kaffee voll zu ersetzen. Hier müssen diejenigen Kaffeeersatzmittel eintreten, die schon bisher, in doppeltem Umfang wie Zichorie, in Deutschland getrunken worden sind, nämlich Malzkaffee, Gerstenkaffee und Roggenkaffee. Besondere gesetzgeberische Maßnahmen für diese Kaffeeersatzmittel sind nach Meinung der Regierung nicht erforderlich (?? Red. d. V.), da die bisherigen Kontingente des dazu erforderlichen Getreides durch die Kriegsgetreide-Gesellschaft und die Reichsfuttermittelstelle, bezw. die Gersteverwertungs-Gesellschaft, bewilligt und auch für die Folge sichergestellt sind.

Die Neuregelung greift, wie gesagt, tief in unser Wirtschaftsleben und in die Konsumverhältnisse ein und wird manche Schwierigkeiten und Härten mit sich bringen. Ob durch die Neuordnung die Verhältnisse für den kleinen Mann besser werden, bleibt abzuwarten. Eine Verbilligung der Lebensmittel haben alle diese Monopol-Gesellschaften noch nicht bewirkt, weil auch sie verdienen wollen.

Die Regelung der Fleischversorgung in Preußen und Bayern.

Auf keinem Gebiet wird die wirtschaftliche Not augenblicklich mehr empfunden, wie in der Fleischversorgung. Diese Notlage wurde schon vor Monaten vorausgesehen, und es sind auch entsprechende Vorschläge zur Behebung der Not gemacht worden. Die preußische Regierung hat alle diese Vorschläge unbeachtet gelassen. Das hat zur Folge gehabt, daß die Preise für Vieh und Fleisch eine Höhe erreicht haben, die es nur mehr ganz reichen Leuten möglich machen, Fleisch zu essen. Die Notlage wird noch dadurch vergrößert, daß die Heeresverwaltung einen Teil der vorhandenen geringen Schlachtviehbestände für sich reklamiert. Was wäre nun naheliegender, als daß wenigstens der geringe für die Zivilbevölkerung verbleibende Bestand an Vieh vernünftig verteilt und das Fleisch rationiert würde. Aber davon will man in Preußen nichts wissen. Kürzlich ist zwar in Berlin eine neue Reichsfleischstelle gegründet worden, die die Aufgabe hat, unsere Fleischversorgung nach gewissen einheitlichen Richtlinien zu regeln, aber an die Einführung einer Reichsfleischkarte ist nicht zu denken. Allerdings: den Gemeinden, die das Bedürfnis fühlen, Fleischkarten einzuführen, steht das auf Grund bereits ergangener Bundesratsverordnungen frei. Aber was nützen den Gemeinden Fleischkarten, wenn sie kein Fleisch haben.

Man sagt, einer gleichmäßigen Regelung des Fleischverbrauchs für das ganze Reich stehe die Tatsache entgegen, daß (nach den Jahreszeiten schwankend) in den verschiedenen Landesteilen und in den verschiedenen Arbeitszweigen die größten Verschiedenheiten im Fleischverbrauch vorhanden sind. Im Frühjahr beginnt gerade die Zeit, in der ein großer Teil der Reichseinwohner erheblich weniger Fleisch als im Winter zu verzehren pflegt. Eine einheitliche Reichsfleischkarte würde bedeuten, daß gerade die Arbeiterkreise, die an einen starken Fleischverbrauch gewöhnt sind, zu kurz kommen. Wollte man sich über alle auf diesem Gebiete bestehenden Verschiedenheiten kurzerhand hinwegsetzen, so würde das zu den größten Unzuträglichkeiten und Mißstimmungen führen. Als ob der gegenwärtige Zustand nicht zu noch größeren Unzuträglichkeiten und Mißstimmungen führt! Ueberdies, so sagt man, fehlten uns einstweilen alle Unterlagen, um die zur Deckung des Bedarfs jeweilig zur Verfügung stehenden Mengen festzustellen. Deshalb soll die Reichsfleischstelle nur versuchen, eine sachgemäße Verteilung des Schlachtviehs durchzuführen und zwar auf Grund des bisherigen Fleischverbrauchs der betreffenden Gegend. Mit einem Wort: In Preußen sind die Agrarier gegen eine Rationierung der Fleischversorgung, und deshalb wird sie nicht durchgeführt.

In den anderen Bundesstaaten, wo agrarisch nicht so sehr Trumpf ist, ist man weniger zaghaft und weiß die Schwierigkeiten, wie sie hier geschildert werden, glatt zu überwinden. So hat man in Sachsen bereits die Fleischkarte eingeführt, und nun folgt auch Bayern. Durch eine gestern veröffentlichte Anordnung des Ministeriums des Innern wird die Fleischversorgung für Bayern einheitlich geregelt. Auf Grund dieser Verordnung setzt die bayerische Fleischversorgungsstelle nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Menge von Schlachtvieh mit Genehmigung des Ministeriums des Innern fest, welche Höchstmenge Fleisch für acht Wochen auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht werden darf. Kinder unter sechs Jahren werden nur mit der Hälfte der Menge berücksichtigt. Zur Ueberwachung des Fleischverbrauches werden durch die Kommunalverbände Fleischkarten ausgegeben, deren Geltung sich auf das ganze Königreich erstreckt. Die neuen Vorschriften treten am 26. April in Kraft.

Man sieht, es geht schon, wenn man will. In Sachen der Lebensmittelversorgung sind andere Bundesstaaten Preußen entschieden voran.

Rhabarber.

Rhabarber sollte nicht nur im Frühjahr verwendet werden, die jungen Blattstiele können bis in den September hinein Gerichte liefern. Nur hüte man sich, mehr als ein Drittel der Blattstiele auf einmal der Rhabarberstaude zu entnehmen, und schneide sie nicht, sondern breche die Stiele aus, da sonst leicht die Triebkraft geschwächt wird. Verfährt man nach dieser Vorschrift, so kann man alle 14 Tage eine Ernte haben.

Zur Suppe kocht man den gewaschenen unabgezogen geschnittenen Rhabarber in Wasser weich, süßt nach Geschmack und macht sämig.

Zum Kompott setzt man Rhabarberstückchen mit wenig Wasser, wenig Zitrone oder aufgehobener Apfelsinenschale an, süßt nach Geschmack und macht nach Bedarf sämig. Will man eine Gallertspeise daraus machen, so rechnet man auf ein Pfund Rhabarber einen halben Liter Wasser, ein halbes Pfund Zucker und 9 bis 12 Blatt Gelatine.

Zur Marmelade läßt man ein Pfund unabgezogen geschnittenen Rhabarber mit Zucker bedeckt eine Nacht stehen, kocht den entstandenen Saft dicklich ein, fügt Rhabarberstückchen hinzu und kocht alles zusammen noch eine halbe Stunde. Heiß in Gläser zu füllen und sofort zu schließen.

Saft und Mus zugleich erhält man auf folgende Art: Drei Pfund unabgezogen geschnittener Rhabarber wird mit einem viertel Liter Wasser und einem viertel Pfund Zucker langsam gekocht und dann auf ein Haarsieb gegossen. Den Saft füllt man noch heiß in Flaschen, die man fest verschließt. Das Rhabarberfleisch kocht man mit Zucker steif zu Mus ein.

Will man den Zucker sparen, so schneidet man sauber gewaschenen und abgetrockneten Rhabarber in Stückchen, tut sie in weithalsige Flaschen und verschließt sie gut. Man läßt sie drei bis vier Wochen an sonnigem Fenster stehen und hebt sie dann wie jedes Eingemachte auf. Beim Gebrauch behandelt man diesen Rhabarber wie frischen.

Die meist nicht benutzten Blätter des Rhabarber können eine Zubereitung wie Spinat erfahren.

Auch ein Mahnwort an Arbeitereltern.

In Nr. 78 der „Volksstimme" hat ein „besonders erfahrener Genosse" den Eltern unserer 14jährigen schulentlassenen Jugend einige zum Teil sehr beherzigenswerte Worte gesagt. Leider aber hat er nicht mit gleicher Liebe Mädchen und Jungen bedacht. Während er warme Worte für eine Berufsausbildung der Jungen findet und die Eltern zu Opfern für diese Berufsausbildung anfeuert, weiß er für die Mädchen keinen besseren Rat, als den, Hausangestellte zu werden. „Die Mädchen lasse man dienen!" Die Vorteile, die daraus nach seiner Ansicht entspringen, und die auch dem elterlichen Haushalt zugute kommen können, scheinen ihm so groß, daß er gar nicht nach den Nachteilen fragt. Selbst dort nicht, wo er, durch eigne Erfahrung belehrt, den Nachteil, die die ungelernte Frauenerwerbsarbeit den Männern bringt, als warnendes Beispiel und erhöhten Anlaß, etwas Ordentliches zu lernen, den Eltern heranwachsender Knaben zu bedenken gibt.

Durch billigere Löhne, erhöhte Geschicklichkeit, größeren Fleiß und größere Ehrlichkeit zeichnen sich nach dem Artikel die jugendlichen Frauen vor den jugendlichen Männern aus. Sie werden einst im Frieden eine starke Konkurrenz für die Männer sein. Anstatt aber deshalb zu fordern, daß die jungen Mädchen ebenfalls eine Berufsausbildung erhalten, die sie befähigt, ihre Arbeitskraft zu höheren Löhnen zu verwerten; anstatt den Eltern in das Gewissen zu reden, daß sie für ihre Mädchen genau so viel Sorge und Opfer aufwenden, wie für die Knaben, damit auch die Frauen dereinst im Erwerbskampfe als vollwertige Kameraden neben den Männern stehen können, begnügt sich der Artikelschreiber damit, das Allheilmittel in den Dienstbotenberuf zu erblicken. Er fragt dabei noch nicht einmal danach, wie dieser Beruf in dem Leben der künftigen Arbeiterfrau wirkt, ob er auch all' Garantien für ein möglichst ertragreiches und langes Leben bietet. Das müßte unseres Erachtens bei einem Beruf der Fall sein, den man vor allen andern den Vorzug geben will, den man als den Beruf der Frauen auserseht. . . . Es ist wahr, die Mädchen entlasten, wenn sie den Dienstbotenberuf erwählen, den elterlichen Haushalt schnell, sie kommen aus Kost und Logis. Der Verdienst war bis zu dem Krieg dank der Dienstbotenknappheit auch nicht gerade schlecht zu nennen. Aber all diese Vorteile verlieren sich, sobald man das spätere Leben einer Arbeiterfrau betrachtet. Viele, viele von ihnen sind nach ein paar erwerbslosen Ehejahren gezwungen, für sich und ihre Kinder, oft auch für den Mann, zu erwerben. Als ehemalige Hausangestellte sind solche Frauen den übrigen Erwerbsgelegenheiten gegenüber in der gleichen Lage, wie die Frauen, die nie einen Beruf ausgeübt haben. Waschen und Putzen und sogenannte Monatsstellen sind dann das Einzige, was sich ihnen bietet. Jede Fabrikarbeiterin ist besser daran als sie und mehr für die Mannigfaltigkeit des Erwerbslebens gerüstet. Genosse P. L. sollte einmal auf der Berufsberatung für Kriegshinterbliebene nachfragen. Dort wird man ihm mehr wie ein trauriges Beispiel dafür erzählen können, wie wenig Frauen im Erwerbsleben anfangen können, die früher nichts waren als Dienstmädchen.

Den Arbeitereltern aber kann nicht dringend genug gesagt werden: macht keinen Unterschied zwischen Mädchen und Buben, wenn es sich um Berufsausbildung handelt; seht zu, für was sich jedes am besten eignet. Und wenn die eignen Mittel zur entsprechenden Berufsausbildung nicht reichen wollen, so nehmt auch für eure Töchter die Hilfe des Jugendamtes und anderer öffentlichen Einrichtungen in Anspruch. Sie wird und muß ihnen so gut gewährt werden, wie den Knaben.

M. H.

Ausweispapiere für Spaziergänger. In letzter Zeit ist es öfters vorgekommen, daß Spaziergänger in der Nähe der militärischen Anlagen des Festungsgebietes Mainz von Militärpatrouillen nach Ausweispapieren befragt wurden. Da die Betreffenden Ausweise nicht bei sich führten, mußten sie zur Feststellung ihrer Persönlichkeit der nächsten Bürgermeisterei vorgeführt und dort manchmal mehrere Stunden unfreiwilligen Aufenthalt nehmen. Es sind also auch für Spaziergänger Ausweispapiere erforderlich, wenn sie ihre Gänge bis in die Umgebung der Festungswerke und Munitionsdepots ausdehnen. Die Festungsgendarmerie, sowie die Posten und Patrouillen sind angewiesen, alle Personen, die sich nicht genügend ausweisen können, vorläufig festzunehmen.

Residenz-Theater. Auf vielseitig geäußerten Wunsch wird am Samstag nochmals der so erfolgreiche Schwank „Herrschaftlicher Diener gesucht" wiederholt. Am Sonntag abend geht das neue mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Der Bursche des Herrn Oberst" („Das welsche Huhn") nochmals in Szene, diese Vorstellung beginnt um ½8 Uhr. Sonntag nachmittag wird Schnitzlers neues Werk „Komödie der Worte" zu halben Preisen gegeben. In nächster Vorbereitung ist ein „Deutscher Komödienabend", der zwei in ihrer Lebensanschauung gleichartige Dichtungen bringt: Lienhards „Der Fremde" und „Der Schwarzkünstler" von Emil Gött.

Aus den umliegenden Kreisen.

Mordversuch und Selbstmord.

Aus Büdingen wird uns gemeldet: Im nahen Kohden versuchte der 27jährige Maler Leonhard Drexel seine junge Frau zu töten und entleibte sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf. Drexel, der kurz nach seiner Verheiratung seine Frau verließ und nach Friedberg zog, kehrte am Dienstag plötzlich in das elterliche Haus seiner Frau zurück. Als die Frau seinem Verlangen, die eheliche Gemeinschaft wieder aufzunehmen, sich widersetzte, gab er mehrere Schüsse auf sie ab und verletzte sie erheblich. Dann würgte er die Frau. Als er glaubte, sie getötet zu haben, gab Drexel vor dem Hause einen Schuß auf sich ab, der seinen Tod nach kurzer Zeit in der Gießener Klinik, wohin man den Schwerverletzten gebracht hatte, herbeiführte. Bei der Frau besteht keine Lebensgefahr.

Gemüsebau.

Der Königliche Landesökonomierat Siebert, Betriebsdirektor der Palmengartengesellschaft Frankfurt a. M., hat unter dem Titel: „Bauet Gemüse" ein Schriftchen erscheinen lassen, das wir den Mitgliedern der Kleingartenbauvereine der Umgegend, sowie anderen Interessenten sehr dringend zum Studium empfehlen möchten. Mit Erlaubnis des Herrn Verfassers bringen wir unseren Lesern einen wichtigen Abschnitt zur Kenntnis und verweisen darauf, daß das Schriftchen im Buchhandel zum Preise von 25 Pfennig erhältlich ist.

In der Einleitung wird gesagt: „. . . Einer der wichtigsten Faktoren bei dem Gemüsebau ist die Lage des Landes und die Beschaffenheit des Bodens. Wir haben Gemüsearten in großer Zahl, und es ist natürlich, daß diese verschiedenen Arten auch verschiedene Ansprüche stellen. Man kann im Gemüsebau nicht schematisch arbeiten. Es dürfte noch erinnerlich sein, daß zu Beginn des Krieges der Ruf erschallt: „Pflanzt Frühkartoffeln und Gemüse!" und alle nur verfügbaren Plätze sollten dazu genommen werden. Die Absicht war wohl eine gute; aber es fehlte dann in sehr vielen Fällen an dem richtigen Verständnis, an einer brauchbaren Anleitung und Ausführung. Der Gemüsebau ist nicht auf jedem Boden lohnend. Freie, warme Lage und ein guter humoser Boden begünstigen den Anbau; an schattigen Stellen soll man keine Gemüse ziehen, auch nicht auf klotzigem, tonigem und zu feuchtem Boden. . . .

Die Bearbeitung des Landes erfolgt in unserem Falle, da es sich nur um kleinere Flächen handelt, mit dem Spaten, mit dessen Hilfe das Land umgegraben wird. Nimmt man diese Arbeit im Herbst vor, so läßt man das Land auf rauher Scholle liegen, damit die atmosphärischen Niederschläge besser in den Boden eindringen können. Dahingegen wird beim Umgraben im Frühjahr das Land mit dem Rechen gleich geebnet. Ist es angebracht, mit dem Umgraben zugleich die Düngung vorzunehmen, so breitet man den Dünger auf dem Lande aus und bringt ihn dann mit dem Graben in den Boden. Es kommen in Betracht tierische Dünger,

Kuh-, Rinder-, Pferde-, Schweine- und Abortdünger. Stark hitzende Dünger, wie frischer Pferdedünger, Schweine- und Geflügeldünger, wendet man nur auf schwerem, kaltem und feuchtem Boden an; doch ist es erwünscht, daß dieser Dünger in etwas verrottetem Zustande sich befindet. Kuh- und Rinderdünger ist für warmen, leichten Boden besonders geeignet. Für schwere Böden sei auch noch des Torfmulls als lockernder Zusatz gedacht. Künstlichen Dünger kauft man mit Vorteil in fertigen Mischungen, wie sie in den Samenhandlungen zu haben sind. Daselbst lasse man sich eine Gebrauchsanweisung geben. Ganz besondere Bedeutung hat für den gartenmäßigen Gemüsebau der Guano, der wie der tierische Dünger etwa ein bis zwei Wochen vor der Saat bzw. Pflanzung Verwendung finden sollte. Ist das Land gedüngt und gegraben, so erfolgt die Einteilung in Beete; die dazwischen liegenden Wege werden mit dem Fuß festgetreten. Wenn Platz vorhanden ist, wählt man ein Eck im Garten aus, wo man alle Gartenabfälle, Blätter, Unkraut gegebenenfalls mit Asche, Straßenabraum usw. gemischt zusammenschichtet und auf einen Haufen setzt. Ofenruß, Holzasche, Spülwasser können dazu kommen, aber keine Steinasche. Auch vermeidet man pilzkranke Pflanzenteile, da man sonst eventuell die Krankheit durch Verwendung des fertigen Kompostes wieder verbreitet. Ein- bis zweimaliges Umsetzen des Haufens im Winter trägt zur Zersetzung bei und darf nicht versäumt werden. Die gewonnene Erde dient zur Düngung bzw. Verbesserung des Bodens.

Man darf nicht gleichmäßig düngen, bzw. man hat es gar nicht nötig, alle Abteilungen gleich stark zu düngen; denn im Gemüsebau ist die richtige Einhaltung der Wechselwirtschaft von einschneidender Bedeutung. Durch fortgesetzten Anbau derselben Art auf demselben Boden und die dadurch hervorgerufene einseitige Ausnützung der im Boden vorhandenen Nährstoffe werden die Erträge herabgemindert; auch wird das Auftreten unangenehmer Krankheiten begünstigt. Die Gemüse kann man nach ihrem Bedarf an Nährstoffen in drei Gruppen trennen, und zwar in:

Gruppe 1: stark zehrende, die einen kräftigen, frisch gedüngten Boden vertragen;

Gruppe 2: weniger stark zehrende, die wohl einen kräftigen Boden, aber keine frische Düngung lieben;

Gruppe 3: anspruchslose Gemüse, die nach den vorgenannten ohne Düngung gepflanzt werden können.

Zu der ersten Gruppe gehören alle Kohl- und Salatarten, Sellerie, Gurken, Spinat, Tomaten, Zuckermais und Kürbisse. In die zweite Gruppe sind einzureihen alle Wurzelgemüse, wie rote und weiße Rüben, Schwarzwurzel, Karotten, Zwiebeln, Radies, Rettich, Petersilienwurzel, Buff- und Stangenbohnen, Frühkartoffeln. Zur dritten Gruppe gehören Buschbohnen, Erbsen, Küchenkräuter, Gartenmelde. Je nach diesen Ansprüchen richtet sich die Verteilung der einzelnen Pflanzengruppen auf die verschiedenen Gartenböden.

Es ist von Vorteil, wenn man die Gemüse bewässern kann. Dies ist allerdings kaum nötig, wo der Grundwasserstand ein hoher ist. Im allgemeinen wird es sich entweder um Regenwasser oder um Leitungs- bzw. Brunnenwasser handeln, welch letztere man nie direkt verwenden soll, sondern erst, wenn sie sich durch Stehen an der Luft erwärmt haben. Saatbeete gießt man mit der Brause, die Pflanzen mit dem Rohr der Gießkanne. Es ist zwecklos, häufig und wenig zu gießen; wenn man gießt, soll dies durchdringend geschehen, damit der Boden auch richtig durchfeuchtet wird. Ein Bedecken des Bodens mit verrottetem Pferdemist kann besonders bei Tomaten, Gurken, Kürbissen und Kohlgewächsen das zu rasche Austrocknen des Bodens verhindern. Das Gießen nimmt man im Frühjahr vormittags, im Sommer abends und morgens vor; wie aber gieße man in der heißen Tageszeit. Wo es nötig ist, flüssige Düngung zu geben — das wird namentlich bei geringerem Boden der Fall sein — gießt man bei trübem Wetter, noch besser bei Regenwetter. Man verwendet dünnflüssigen Abortdünger, Blutwasser, Nährsalz-, Geflügeldünger-, Guano- und Hornmehllösungen in vergorenem Zustande. Hier ist öfteres Gießen in schwachen Lösungen ratsamer, als seltenes Gießen in kräftigen Lösungen. Zu häufiges Gießen bewirkt namentlich auf schwerem bis tonigem Boden leicht ein Verschlammen bzw. Verkrusten des Bodens, weshalb gerade auf diesen Böden das Gießen möglichst vorsichtig gehandhabt werden und mit einem öfteren Behacken verbunden werden muß.

Die Aussaat wird bei dem Gemüsebau im Kleinen nur dann in Frage kommen, wenn es sich um die direkt in das freie Land zu säenden Gemüse handelt. Die Aussaat an Ort und Stelle wird bei den Gemüsen geübt, die ein Verpflanzen weder vertragen, noch erfordern. Man sät entweder breitwürfig, d. h. so, daß man den Samen gleichmäßig und nicht zu dicht auf das Beet bringt, oder aber in Reihen, d. h. man macht die Pflanzschnur entlang entsprechend tiefe Rillen in den Boden, in die man den Samen einstreut. Bei breitwürfiger Saat wird der Samen meist durch vorsichtiges Einhacken mit dem Rechen in den Boden gebracht, bei Reihensaat durch Zuziehen der Rillen. Die Reihensaat hat den Vorzug, daß sie eine bessere Bearbeitung des Bodens durch Behacken ermöglicht; man kann zu dicht stehende junge Pflänzchen in den Reihen bequemer ausrichten und das Unkraut entfernen. Eine Anzahl von Gemüsen würde keinen richtigen Ertrag geben, wenn man sie gleich an Ort und Stelle säen wollte, so die Kohlarten, Kopfsalat, Endivien, Tomaten, Sellerie u. a. m. Man sät sie deshalb im Mistbeet oder im Freien aus und bringt erst die erstarkten jungen Pflanzen auf die Beete, wo sie nach der Schnur in dem nötigen Abstand vermittelst eines Pflanzholzes gesetzt werden. Bei dem geringen Bedarf von Pflänzlingen für den kleinen Garten ist die Anlage eines Saatbeetes nicht immer zu empfehlen; man kauft die nötigten Pflanzen von einem zuverlässigen Gärtner, wobei man beachte, daß diese gesund und ungeziefefrei sein müssen. Die Wurzeln dürfen nicht gekrümmt in das Pflanzloch kommen; nach dem Setzen, das man in den Morgen- oder Abendstunden vornimmt, müssen die Pflanzen einzeln tüchtig angegossen werden. Das Behacken ist eine sehr wichtige Arbeit; es dient zur Bekämpfung des Unkrautes und zur Bodenlockerung. Eine locker gehaltene Bertfläche trocknet viel weniger aus, als eine verkrustete. Auch trägt das Behacken zur Durchlüftung des Bodens bei.

Das Saatgut muß echt, rein und keimfähig sein und soll nur von anerkannt reellen Firmen bezogen werden und nicht, wie es manchmal, am häufigsten wohl noch auf dem Lande, geschieht, von herumziehenden Händlern. An und für sich ist der Bezug von Samen eine Vertrauenssache, und um so mehr Gewicht muß auf die Quelle desselben gelegt werden; denn wie die Saat, so die Ernte. An jedem größeren Platze sind heute Samenhandlungen, und diese bemühen sich auch, den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und Sorten zu empfehlen, die sich für die jeweilige Bodenart, die Lage und das Klima bereits bewährt haben. Es ist auch ein Unterschied zu machen zwischen Sorten für das freie Land und solchen für die Treiberei, für den jeweiligen Verwendungszweck, ob früh, mittelfrüh oder spät, ob für Frischverbrauch oder Konservierung. Darüber gibt Unkundigen am besten das nächstliegende solide Samengeschäft Auskunft, in dessen eigenem Interesse ein gute Lieferung liegt. Behält man von einigen Sorten Samen übrig, so kann man diesen in vielen Fällen, kühl, aber nicht feucht aufbewahrt, im nächsten Jahre verwenden, weil viele Samen ihre Keimfähigkeit mehrere Jahre behalten. Wenn einmal die eine oder andere gekaufte Sorte nicht aufgeht, so ist daran nicht immer der Händler schuld. Der reelle Verkäufer macht selbst seine Saatproben oder er bezieht nur von erstklassigen Großfirmen. Es wirken oft vielerlei Umstände beim Nichtkeimen der Saat mit, so daß dieser Umstand verdient, besonders hervorgehoben zu werden."

Weiter werden in dem Büchelchen die wichtigsten Gemüsearten besprochen, der Monatskalender aufgeführt und praktische Winke für die Einwinterung gegeben. Während der Kriegszeit sind schon allerlei Bücher auf dem Gebiet des Gemüse- und Gartenbaues erschienen. Wenige von ihnen sind aber — wie schon die kurzen Auszüge beweisen — so populär gehalten, wie das oben besprochene, so daß alle Anfänger im Gemüsebau nicht nur eine gute Richtschnur, sondern auch sonstiges Wertvolles für die Bearbeitung ihres Grundstückes darin finden werden.

Schwanheim, 5. April. (Vom Tode des Ertrinkens errettet.) Von einem zu Tal fahrenden Schiffe fiel ein ungefähr 15jähriger Schiffsjunge in den Main. Nach vieler Mühe gelang es, denselben mit Haken aus dem Wasser zu ziehen und ans Ufer zu bringen. Nach großer Mühe gelang es, durch künstliche Atmungsbewegungen, den Verunglückten ins Leben zurückzurufen, sodaß er von seinen Angehörigen im Schiffe wieder mitgenommen werden konnte.

Niederjosbach, 5. April. (Eine Kuh gestohlen.) In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde die Stallung in dem Gehöfte des Herrn Direktors Düker am Hasenberg erbrochen und eine Kuh weggeführt. Ein am gestrigen Tag herbeigeführter Polizeihund nahm die Spur der Täter auf, die nach Bremtal führte. Oberhalb des Dorfes fand man die Ueberreste des abgeschlachteten Tieres. Ein Kalb, das noch nicht ganz ausgetragen war, lag am Schlachtort. Durch den Polizeihund, der die Spur weiter verfolgte, konnte in Bremthal Haussuchung vorgenommen werden bei den vermutlichen Tätern, die aber bis jetzt noch leugnen, an dem Diebstahl beteiligt gewesen zu sein, obwohl Belastungsgegenstände bei ihnen vorgefunden worden sind. Zur Ermittelung der Täter werden für jede dienliche Mitteilung von Direktor Düker Belohnungen gezahlt. Es wäre zu wünschen, daß diesen Gesellen das Handwerk gelegt wird, die auch nun in den Verdacht gekommen sind, das Schwein des Maurers Gieß in Bockenhausen in diesem Winter gestohlen zu haben.

Hanau, 6. April. (Aus der Strafkammer.) Vor der Strafkammer ging gestern ein Prozeß gegen den königlichen Oberverwaltungsschreiber Heinrich Stark und seine zweite Frau zu Ende, der im vorigen Jahre, als die Leutwegen Kindesmißhandlung vom Hanauer Schöffengericht zu 4 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, erhebliches Aufsehen erregte. Vor der Berufungsinstanz ging diesmal die Sache günstiger aus, die eingehende Zeugenvernehmung ergab keine positiven Belastungsmomente. Im übrigen bestritten die Angeklagten entschieden jede Mißhandlung. Nur in einem Falle habe er, Stark, das Kind mit einem Lederriemen geschlagen und damit das Züchtigungsrecht überschritten. Dafür erhielt er gestern 100 Mark Geldstrafe. Seine Frau wurde freigesprochen, weil die Beweiserhebung nicht ergeben habe, daß sie sich des Kindes hätte entledigen wollen.

Limburg, 4. April. (Der Kreistag) genehmigte die Anstellung einer Säuglingsfürsorgerin für den Kreis Limburg, die die Aufgabe hat, die Mütter der Säuglinge zu beraten und damit der Kindersterblichkeit entgegenzutreten. Die Kreishundesteuer, die allerdings sehr niedrig war, wurde verdoppelt und für die bisher steuerfreien Wacht- und in Gewerbebetrieben beschäftigten Hunde eine Steuer von 6 Mark beschlossen.

Mainz, 5. April. (Teuerungszulage.) Die Stadtverordneten-Versammlung nahm einen Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage an städtische Arbeiter, Bedienstete und Beamte einstimmig an. Die Zulage erfordert einen Jahresmehraufwand von 150 000 Mk.

Aus Frankfurt a. M.

Vom zweiten Tierschutzverein. Es gibt Leute, die den zweiten Tierschutzverein für Schwindel halten. Sie sagen: der Verein, das ist der Herr Haeger, der davon lebt. Wiederholt hat man dem Verein nach dem Leben getrachtet, indem man seinen „Direktor", Herrn Haeger, auf die Anklagebank brachte, das einemal wegen unerlaubten Kollektierens, das anderemal wegen Betrugs. Beide Male mußte Freisprechung erfolgen, „aus Rechtsgründen", sagte der Staatsanwalt in einer erneuten Verhandlung gegen Haegge am Schöffengericht wegen unerlaubten Kollektierens. Es handelte sich wieder um die Mitglieds- bezw. Beitragswerbung. Herr Haeger, so bekundeten ein paar Zeuginnen, die auf dem „Kontor" des Vereins beschäftigt gewesen waren, hänge den ganzen Tag am Telephon und werbe um „Beiträge". Sämtliche Adressen des Telephonbuches werden der Reihe nach abgeklappert. Herr Haeger schwingt immer dieselbe Rede in das Telephon hinein. Eines der jungen Mädchen konnte sie auswendig aufsagen. Ganz nebenbei fällt in der Rede auch das Wort „Mitglied", und wenn der „hochverehrte Herr" oder die „hochverehrte Dame" sich bereit erklärt hat, etwas für die „armen Tiere" zu tun, wird prompt der „Beitrag", für den nach oben keine Schranken gesetzt sind, erhoben, wobei als Quittung die Mitgliedskarte abgegeben wird. Nun, Polizeiwachtmeister Jung hat 30 bis 40 von diesen „Mitgliedern" vernommen. Sie haben es alle abgelehnt, sich als Mitglieder des Vereins zu fühlen; sie hätten nur ja gesagt und bezahlt, um die „Bettelei" loszuwerden. Herr Jung hat sich auch für die Verwendung der Gelder interessiert; er hatte den Eindruck, daß für die „armen Tiere" eigentlich nichts ausgegeben wird. Im Ausgabebuch fand sich kein Konto für Hundefutter. Die vorhandenen Hunde waren furchtbar mager. Sie waren in einem Bretterverschlag allen Unbilden der Witterung preisgegeben und zitterten vor Kälte. Von Tierschutz war nichts zu bemerken, es war schon mehr Tierquälerei. Nur ein paar bessere Rassehunde waren in einem Stalle untergebracht, weil mit ihnen ein gutes Geschäft zu machen war; denn Herr Haeger betreibt einen einträglichen Hundehandel. Nach diesen Ausführungen des Polizeibeamten beantragte der Staatsanwalt die Bestrafung des Angeklagten. Der zweite Tierschutzverein sei gar kein richtiger Verein. Es sei kein Vorstand vorhanden, und die „Beiträge" wanderten in die Tasche des Herrn Haeger. In Wirklichkeit sei der Verein nichts als ein unter Gewerbesteuerhinterziehung und Tierquälerei betriebener Hundehandel des Herrn Haeger und die angebliche Mitgliedswerbung nichts als eine Kollektion. Auch das Gericht war der Meinung, daß es sich um verkappte Kollektion handle; da aber die Form der Mitgliedswerbung und des Mitgliedsbeitrages gewahrt sei, müsse Freisprechung erfolgen.

Zur Vieh- und Fettnot. Rinder waren auf dem Frankfurter Viehmarkt heute nicht aufgetrieben; es standen 68 dänische Kühe zum Verkauf, die vom letzten Markt übrig geblieben waren. Die Tiere waren den Metzgern zu alt und zu teuer. Auch heute war der Handel in diesem äußerst minderwertigen Vieh sehr flau. Verschlimmert wird die Fleischnot noch durch die Beschlagnahme der 250 Schweine, die die Stadt seit einiger Zeit wöchentlich von einer hannoverschen Genossenschaft bezog und durch hiesige Metzger schlachten und verkaufen ließ. Die Ware war verhältnismäßig billig. Jetzt hat die Reichsviehverteilungsstelle nicht allein diese Tiere beschlagnahmt, sondern auch alles Fleisch, das nach Frankfurt unterwegs war. Echt bureaukratisch! Vernünftiger wäre es sicher gewesen, erste eine Frist zu bestimmen und die Städte nicht in solch große Fleisch- und Fettnot zu bringen. Für Leute mit Geld ist immer noch gesorgt. Es standen noch 191 Kälber und 114 Schafe zum Verkauf; zu unverschämt hohen Preisen natürlich.

Sehr teuere städtische Kieler Sprotten. In der Markthalle IV verkauft die Stadt Kieler Sprotten, das Pfund zu 1.50 Mark, das halbe Pfund zu 80 Pfennig. Die Fische sind sehr teuer. In jedem erstklassigen Spezialgeschäft kostet das Viertelpfund der gleichen Ware 35 Pfg. Berechnet man, daß diese Geschäfte mindestens mit 35—40 Prozent während der Kriegszeit arbeiten, dann hat man ungefähr einen Begriff davon, was die Stadt verdient; oder aber sie hat recht teuer eingekauft. Das wäre aber gerade so schlimm, und eigentlich der beste Beweis dafür, daß das Gewerbe- und Verkehrsamt absolut nicht in der Lage ist, in der Lebensmittelfrage so zu arbeiten, wie es im Interesse der Bevölkerung verlangt werden muß.

60 Prozent Wasser. Die Milchburschen und Milchmädchen legen sich manchmal noch Kunden zu, von denen der Prinzipal nichts weiß. Um diese Kunden zu befriedigen, muß die Milch gestreckt werden. So ist es wohl gekommen, daß die Milchausträgerin Katharine Dorn der Kundschaft Wasser, das durch einen Zusatz von 40 Prozent Milch verfälscht war, als Vollmilch in die Küche lieferte. Das Schöffengericht erkannte auf eine Woche Gefängnis.

Im Fahrstuhl verunglückt. Das 15jährige Lehrmädchen Paula Wingenfeld in der Bendergasse 15 wollte am Dienstag abend in dem Geschäftshause „Weißfrauenhof" den Fahrstuhl benutzen. Dabei geriet das Mädchen mit dem Fuße in einen Spalt und wurde schwer am Bein gequetscht. Durch das Zerreißen der Schlagader erlitt die Verletzte einen großen Blutverlust. Die Feuerwehr mußte sie aus dem Aufzuge befreien und die Rettungswache brachte sie nach dem städtischen Krankenhause.

Gefährliche Spielerei. In Niederrad hat sich am Dienstag nachmittag ein schlimmes Unglück ereignet. Der 13 Jahre alte Schüler Bruno Liebler hatte vor dem Niederräder Bahnhof eine Hülse gefunden, die mit Sprengstoff gefüllt war. Er bohrte mit einer Nadel an der Hülse herum, diese explodierte und riß dem Jungen sämtliche Finger der linken Hand weg, außerdem erlitt er Verletzungen am Unterleib, am Auge und an der rechten Hand. Der schwerverletzte Knabe kam ins städtische Krankenhaus.

Aus dem Gewerkschaftsleben

von Frankfurt a. M. und Umgegend.

Für Handnäherinnen auf Sattlerarbeiten für die Heeresverwaltung haben auf Antrag des Sattler- und Portefeuillerverbandes die am Reichstarif beteiligten Organisationen durch ihre Vertreter beschlossen: „Der Mindestlohn für Handnäherinnen auf Sattlerarbeit (Nadel und Ahle) beträgt 33 Pfennig für die Stunde. Hierzu kommen die in Nr. 3d des Tarifes festgesetzten Ortszuschläge, sowie der Kriegszuschlag von 15 Prozent. Dieser Beschluß tritt am 15. März 1916 in Kraft." Diesem Beschluß ist die Heeresverwaltung beigetreten und hat ersucht, für seine weitmöglichste Verbreitung Sorge zu tragen. Infolge dieses Beschlusses betragen die Mindeststundenlöhne für Handnäherinnen auf Sattlerarbeit in Frankfurt a. M. und Wiesbaden 45, 51 Pfennig pro Stunde, in Kassel, Hanau, Mainz, Offenbach und Umgegend 43, 61 Pfennig pro Stunde, in Darmstadt 41 Pfennig pro Stunde. In Orten, die keiner Tarifklasse eingereiht sind, beträgt der Mindeststundenlohn 38 Pfennig. Den Handnäherinnen auf Sattlerarbeit wird dringend angeraten, soweit sie auf Zeitlohn beschäftigt sind, nicht unter den genannten Sätzen zu arbeiten und Verstöße sofort der Gewerkschaftsleitung mitzuteilen.

Telegramme.

Der Gasstreik in Toulon.

Paris, 5. April. „Echo de Paris" meldet aus Toulon: Da die beantragte Preiserhöhung verweigert wurde, hat die Gasgesellschaft erklärt, vom 15. April ab könne sie der Unkosten halber weder die Stadt noch den Kriegshafen beleuchten. In dringlicher Sitzung hat der Magistrat von Toulon beschlossen, die Gasversorgung selbst in die Hand zu nehmen, und eine Abordnung nach Paris gesandt, um ein ministerielles Einschreiten zu erbitten.

Italienischer Tagesbericht.

Rom, 5. April (W. B. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht. Bei Trentino gewöhnliche Artillerietätigkeit im oberen Teile des Etschtales. In der Zone von Cristallo unternahm der Feind in der Nacht zum 4. April nach einer kräftigen Artillerievorbereitung einen neuen heftigen Angriff auf unsere neuen Stellungen auf dem Rauchkofel, wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeschlagen und ließ einige Gefangene in unseren Händen. Am oberen und am mittleren Isonzo kräftiger Artillerie-Zweikampf. Feindliche Abteilungen, die einen Einbruch in unsere Linien östlich von Podsabotino versuchten, wurden zurückgeworfen und zerstreut. Feindliche Flieger suchten Verona zu überfliegen, wurden aber rasch in nördlicher Richtung in die Flucht gejagt. Anderen Fliegern gelang es, eine kleine Anzahl von Bomben auf Bassano abzuwerfen, die zwei Kinder töteten. In der Zone am unteren Isonzo und über die Lagune von Grado versuchte der Feind ebenfalls Luftstreifen und Bombenabwürfe auf kleine Ortschaften. Unsere Artillerie und ein Geschwader der Luftverteidigung wiesen feindliche Flieger zurück. Wir sahen, wie zwei von ihnen jenseits ihrer Linien jäh niedergingen.

Türkischer Tagesbericht.

Konstantinopel, 5. April. (W. B. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Irakfront keine Veränderung. An der Kaukasusfront Zusammenstoß von Erkundungsabteilungen. Ein feindlicher Kreuzer warf 100 Geschosse gegen die Küste bei Eduindjik, westlich Negri; er erzielte keine Wirkung. Am 2. April beschoß unsere Flotte mit Erfolg die feindlichen Stellungen an der kaukasischen Grenze. Die feindlichen Truppen wurden durch diesen unerwarteten Angriff überrascht, sie verließen ihre Stellungen und flohen in Unordnung, wobei sie eine Menge Tote und Verwundete zurückließen. An demselben Tage beschoß und versenkte unsere Flotte ein russisches Schiff, das mit Munition beladen war. In der Nacht vom 3. April zum 4. April versenkte der Kreuzer „Midilli" einen großen feindlichen Segler, der mit Kriegsgerät und anderem Material beladen war, und nahm die Besatzung gefangen. Am 4. April früh begegnete „Midilli" der russischen Flotte, bestehend aus einem großen Schiffe der Klasse „Kaiserin Maria", einem Kreuzer und drei Torpedobooten, die sich begnügten, aus der Ferner wirkungslos nach der „Midilli" zu feuern.

Mexikanische Wirren.

Washington, 5. April. (W. B. Nichtamtlich.) Nachrichten an das Staatsdepartement besagen, daß Felix Diaz mit einer revolutionären Mannschaft von beträchtlicher Stärke in Südmexiko gelandet ist.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Donnerstag, 6. April, 7 Uhr: „Das badende Mädchen".
Freitag, 7. April, 8 Uhr (Volksvorstellung): „Die Liebesinsel".
Samstag, 8. April, 7 Uhr: „Herrschaftlicher Diener gesucht".
Sonntag, 9. April, ¼4 Uhr: „Komödie der Worte". Halbe Nr. ½8 Uhr: „Der Bursche des Herrn Oberst".

Der Kanzler über Kriegsziele im Reichstage.

Berlin, 5. April.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, Dr. Helfferich, v. Capelle, Krätke, Dr. Beseler, v. Wandel, Wackerzapp, Dr. Lisco, Dr. v. Trott zu Solz, v. Löbell, Havenstein, Frhr. v. Schorlemer.

Haus und Tribüne sind sehr stark besucht. Präsident Dr. **Kämpf** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten. Das Andenken der kürzlich verstorbenen Abgeordneten Birkenmayer (Ztr.) und Dr. Ottkircher (natl.) wird in üblicher Weise durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Etats.

Die Beratung beginnt beim Etat für den **Reichskanzler und die Reichskanzlei.**

Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg:

Meine Herren! Als ich vor einem Vierteljahr zu Ihnen sprach, habe ich mich bestrebt, Ihnen auf Grund nüchternster Tatsachen

ein Bild der militärischen Lage

zu geben. Die Ereignisse haben die Zuversicht, mit der ich damals sprechen konnte, gerechtfertigt. Das **Dardanellen-Unternehmen** hat **mit einem Fiasko** geendet. Nach dem **siegreichen serbischen Feldzuge,** in dem an unserer und österreichisch-ungarischer Seite das bulgarische Heer unverwelklichen Ruhm geerntet hat, sind nun auch **Montenegro** und **Nordalbanien** in der Hand unserer Bundesgenossen. (Bravo!) Die **Engländer** bemühen sich nach wie vor um die Befreiung ihrer bei **Kut-el-Amara** eingeschlossenen Armee. Den **Russen** ist es zwar gelungen, sich durch eine vierfache Uebermacht **Erzerums** zu bemächtigen; aber starke türkische Kräfte verbieten ihnen ein weiteres Vorgehen. (Bravo!) Wie die **russischen Anstürme in Ostgalizien,** so sind auch die erneuten **Anstürme der Italiener** gegen die Isonzostellungen an der zähen Tapferkeit der österreichisch-ungarischen Truppen immer wieder abgeprallt. (Bravo!) Mit unerhörten Anstrengungen haben die Russen ihre Sturmkolonnen auf unserer Front auch gegen unsere Linien vorgetrieben. Vor **Hindenburg und seinen Tapferen** sind sie unter ungeheuren Verlusten zusammengebrochen. (Begeistertes Bravo!) Von ihren Regierungen war den feindlichen Völkern eingeredet worden, wir gingen mit unserer militärischen Kraft dem Ende entgegen, wir hätten keine Mannschaften mehr und die Moral unserer Truppen sei zermürbt. Nun meine Herren! Ich denke, **die Schlacht bei Verdun** belehrt sie eines Besseren. (Sehr richtig!) Die mit genialer Umsicht vorbereiteten Operationen werden von heldenmütigen Truppen ausgeführt, die gegen einen mit aufopfernder Tapferkeit kämpfenden Feind Vorteil über Vorteil erringen. (Bravo!) So ist

die militärische Lage auf allen Fronten sehr gut

und durchaus den Erwartungen entsprechend. Meine Herren! Wenn wir das hier zu Hause aussprechen können, welchen **heißen Dank** müssen wir **unseren Kriegern** und ihren Führern draußen hinaussenden, die nun schon im 20. Monat draufgängerisch und todesmutig wie am ersten Tage mit Leib und Leben das Vaterland schirmen. (Lebhaftes Bravo!) Unsere Feinde glauben, ihr Ziel, **das sie mit den Waffen** nicht verwirklichen können, durch

Aushungerung und Absperrung

zu erreichen. Ich habe es verstanden, daß unsere Gegner im Jahre 1915 von dieser Hoffnung nicht lassen wollten. Aber ich verstehe nicht, wie kühle Köpfe nach den Erfahrungen des Jahres 1915 noch an dieser Hoffnung festhalten können. (Sehr richtig!) Unsere Feinde vergessen, daß unser Staatswesen dank der organisatorischen Kraft der ganzen Bevölkerung den schwierigsten Aufgaben der Verteilung der Lebensmittel gewachsen ist. Sie vergessen, daß das deutsche Volk über eine ganz gewaltige moralische Reserve verfügt, die es befähigt, seine in den letzten Jahrzehnten stark gestiegene Lebenshaltung einzuschränken. Was würde es denn tun, wenn wir z. B. im Fleischgenuß und in anderen Lebensbedingungen vorübergehend auf den Zustand der siebziger Jahre zurückgingen. Ich sollte meinen, unsere Gegner werden sich erinnern, daß auch das damalige Geschlecht kräftig genug war, um starke Schläge auszuteilen. (Sehr gut!)

Die Monate, die wir jetzt durchleben, ich spreche das offen aus, sind schwierig. Sie bringen Beschränkungen in manchem Haushalt,

Sorge in manche Familie.

Um so voller und dankbarer ist unsere Bewunderung für den Opfermut und die Hingabe, mit welcher sich gerade die arme Bevölkerung in die schwere Zeit schickt und bereit ist, in diesem Kampfe auf Leben und Tod alles hinzunehmen. (Bravo!) So lauten die Berichte aus dem ganzen Lande; aber sie besagen zugleich, daß auch

die Arbeit der zu Hause Gebliebenen

Frucht bringen wird, wenn der Himmel den Feldern seinen Segen schenkt. Einstimmig wird bekundet, daß die Wintersaaten gut stehen. (Hört! Hört!) Ja, es sind viele viele Jahre her, daß die Saatenstandsberichte ein so hoffnungsfreudiges Bild entwerfen konnten. (Bravo!) Die Getreideernte des Jahres 1915 war eine der schlechtesten seit Jahrzehnten. Trotzdem werden wir mit unserem Brotkorn nicht nur bis zur neuen Ernte ausreichen, sondern mit einer stattlichen Reserve in das neue Jahr hineingehen. Die landwirtschaftliche Kraft Deutschlands wird sich aufs neue bewähren. Wir werden künftig auskommen, wie wir bisher ausgekommen sind. Meine Herren! In dem Bestreben, uns abzusperren und auszuhungern, den Krieg auf das gesamte deutsche Volk, unsere Frauen und Kinder auszudehnen, sind England und seine Verbündeten über

die Rechte der Neutralen

zum legitimen Handel und Verkehr mit den mitteleuropäischen Staaten zur Tagesordnung übergegangen. Die amerikanische Note vom 5. November 1915, die eine zutreffende Darstellung der englischen Völkerrechtsverletzungen enthält, ist, soviel bekannt, bis auf den heutigen Tag von der englischen Regierung nicht beantwortet worden. (Hört! Hört!) Wie dieser Protest, so hatten die übrigen Proteste der Neutralen bei unseren Feinden keinen anderen Erfolg als den weiterer Verletzungen der neutralen Rechte. Die englische Regierung hat sich nicht gescheut, sogar menschenfreundliche Bestrebungen amerikanischer Philanthropen auf Zuführung von Milch für deutsche Kinder zu verbieten. (Hört! Hört!) Die kürzlich ergangene Order in Council bedroht den legitimen

Handel nach den neutralen Häfen

durch eine weitere völkerrechtswidrige Verschärfung der Blockaderegeln, gegen deren bisherige Verletzung die amerikanische Regierung bereits Einspruch erhoben hatte. Kein ruhig denkender Neutraler, er mag uns wohl gesinnt sein oder nicht, kann uns das Recht streitig machen, uns gegen diesen völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg unsererseits zur Wehr zu setzen. Keiner kann es von uns verlangen, daß wir uns die Waffen der Abwehr, über die wir verfügen, entwinden lassen. Wir wenden sie an und müssen sie anwenden. (Sehr richtig!) Wir achten die berechtigten Interessen der Neutralen am Welthandel und Weltverkehr, aber wir können erwarten, daß die Rücksicht, die wir erwiesen haben, verstanden und unser Recht, ja unsere Pflicht anerkannt wird.

für die jedem Völkerrecht wie der einfachsten Menschlichkeit hohnsprechende Aushungerungspolitik unserer Feinde mit allen Mitteln Vergeltung zu üben.

(Lebhaftes Bravo!) Seitdem ich zuletzt hier sprach, haben wir uns auch genötigt gesehen, **Portugal den Krieg zu erklären.** Sie haben gehört, welche lange Reihe von Neutralitätsverletzungen sich Portugal zu Schulden kommen ließ. Der unter Salutschüssen höhnend erfolgte Raub unserer Schiffe hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Unter dem Druck Englands hat Portugal gehandelt. England hat auch hier einen erneuten Beweis seiner liebevollen Protektion kleiner Staaten gegeben. (Heiterkeit.) Meine Herren! Als ich am 9. Dezember unsere Bereitwilligkeit erklärte,

über Frieden zu sprechen,

sagte ich, daß ich von einer gleichen Bereitwilligkeit bei unseren Gegnern keine Spur sehen könne. Daß ich damals Recht hatte, zeigte alles, was inzwischen geschehen ist. Alles, was wir aus dem Munde der feindlichen Staatslenker gehört haben, die Reden, die in London, Paris, Petersburg und Rom gehalten worden sind, sind so eindeutig, daß ich darauf nicht mehr einzugehen brauche. Nur ein Wort an die Adresse des englischen Ministerpräsidenten Asquith! Auf seine persönlichen Invektiven antworte ich zwar nicht (Bravo!), weil ich persönliche Verunglimpfungen auch im Kriege nicht für würdig halte. (Sehr richtig!) Aber sachlich will ich kurz antworten. Für Herrn Asquith bleibt die völlige und endgültige Zerstörung der militärischen Macht Preußens die Vorbedingung aller Friedensverhandlungen. Gleichzeitig vermißt er in meiner Rede deutsche Friedensangebote. (Heiterkeit.) Ueber Friedensangebote zu verhandeln, die von der anderen Seite gemacht würden, dazu ist jede Partei bereit; und gesetzt einmal den Fall, ich schlüge Herrn Asquith vor, sich mit mir an einen Tisch zu setzen, um die Friedensmöglichkeiten zu prüfen, und Herr Asquith begänne mit seiner endgültigen und völligen Zerstörung der militärischen Macht Preußens, das Gespräch wäre schon zu Ende, noch ehe es angefangen hat. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Auf solche Friedensbedingungen bleibt uns nur eine Antwort, und diese Antwort erteilt unser gutes Schwert. (Lebhaftes Bravo!) Wollen unsere Gegner das Menschenmorden und die Verwüstung Europas immer weiter gehen lassen? Ihrer ist die Schuld. Wir stehen unsern Mann, und zu immer kräftigeren Schlägen wird unser Arm ausholen. (Lebhafter Beifall.) Beim Ausbruch des Krieges habe ich an das Wort Moltkes erinnert, daß wir noch einmal im blutigen Kampf würden verteidigen müssen, was wir 1870 errungen hatten. Nur

Wahrung unserer Einheit und Freiheit

sind wir, die ganze Nation, geschlossen wie ein Mann in den Kampf gezogen und dieses einige und freie Deutschland ist es, das unsere Feinde vernichten wollen. Ohnmächtig soll Deutschland wieder werden wie in früheren Jahrhunderten, jedem Machtgelüste seiner Nachbarn ausgesetzt, der Prügeljunge Europas, in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte auch noch nach dem Kriege in Fesseln geschlagen. Das verstehn unsere Feinde unter der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Sie werden sich die Köpfe einrennen und was wollen wir dagegen?

Sinn und Ziel dieses Krieges

ist uns ein Deutschland, so festgefügt, so stark beschirmt, daß niemand wieder in die Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, jedermann in der weiten Welt unser Recht auf **freie Betätigung unserer friedlichen Kräfte** anerkennen muß. Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Völker ist es, was wir erstreben. Es ist die dauernde Rettung des heute in seinen Grundfesten erschütterten europäischen Kontinents. Was hat die feindliche Koalition Europa zu bieten? Das läßt das Schicksal Polens und Finnlands erkennen. Hätten sich die drei Mächte England, Frankreich und Rußland nicht gegen uns zusammengeschlossen, nicht versucht, das Rad der Geschichte in ewig verflossene Zeiten zurückzudrehen, so wäre der Friede Europas durch die Kraft der stillen Entwicklung allmählich gefestigt worden. Das zu erreichen war das Ziel der deutschen Politik vor dem Kriege.

Wir konnten, was wir haben wollten, durch die friedliche Arbeit heben. Unsere Gegner haben den Krieg gewollt.

(Zuruf des Abg. **Liebknecht**: Sie haben den Krieg gewollt! Zurufe: Hinaus! **Lausbub**!) Nun muß der Friede Europas aus einer Flut von Blut und Tränen, aus den Gräbern von Millionen entstehen. Zu unserer Verteidigung sind wir in den Kampf gezogen, aber das,

was vorher war, ist heute nicht mehr.

Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärts gegangen. Ein Zurück gibt es nicht. Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatten nicht die Absicht,

die polnische Frage

aufzurollen. Das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt ihrer Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden sie lösen. (Bravo!) Einen Status quo ante nach solchen Erschütterungen kennt die Geschichte nicht. (Sehr richtig!) Das **Belgien** nach dem Kriege wird **ein neues** sein. Das **Polen,** wo der russische Tschinownik noch gestern Bestechungsgelder erpreßte, das der russische Kosak brennend und raubend verließ, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen ausgesprochen, daß sie sich die Rückkehr des Tschinowniks an den Platz, auf dem inzwischen ein Deutscher, ein Oesterreicher und ein Pole glänzend für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen könnten. Rußland darf nicht noch einmal zum Gebieter der Gebiete von der baltischen Küste bis zum polessischen Sumpfgebiet werden. Etwa in diesem Gebiet wohnende Völker, seien es nun Polen, Litauer, Balten oder Letten, dürfen nicht wieder unter das russische Joch kommen. West- und Ostpreußen dürfen nicht noch einmal das Aufmarschgebiet für russische Heere werden. (Stürmischer, lebhafter Beifall.) Nicht noch einmal darf Rußland mit französischem Geld das Weichselland als Einfallstor gegen uns benutzen. Und wird jemand glauben, daß wir im Westen die Länder ohne volle Sicherung für unsere Zukunft wieder freigeben werden, ohne daß wir uns reale Garantien geschaffen haben, daß

Belgien

nicht wieder die englisch-französische Basis sowohl militärisch wie wirtschaftlich gegen Deutschland wird? (Lebhafter Beifall.) Auch hier gibt es keinen Status quo ante. Auch hier kann Deutschland den lang niedergehaltenen vlämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben. (Lebhafter Beifall.) Es müssen Garantien geschaffen werden, daß dieses gesunde und nach Kulturentwickelung auf höchster Stufe stehende Volk sich nach seiner niederländischen Sprache und Eigenart hin entwickeln kann. Wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen und uns erdrosseln. (Lebhafter, stürmischer Beifall.) Wir wollen **Nachbarn,** die mit uns und **mit denen wir zusammen arbeiten können** zum gemeinsamen Nutzen. (Lebhafter Beifall.) Deutschland hat bewiesen, daß es das will. Wir können nicht zugeben, daß aus dem, was nach dem Kriege sein wird, neue Kriege gegen uns wieder hervorwachsen können. Die russische Regierung ist bestrebt, die in Rußland lebenden Glieder deutscher Angehörigkeit zu berauben und zu verjagen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, von der russischen Regierung zu verlangen, daß sie das Unrecht wieder gut macht. (Lebhafter Beifall.)

Das Europa, das aus diesem ungeheuersten aller Kriege entstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen. Das geflossene Blut kommt nie, das vergangene Gut nur langsam zurück. Aber wie es auch sein wird, es muß für alle Völker, die es bewohnen,

ein Europa der friedlichen Arbeit

werden. Der Friedensschluß, der diesen Krieg beendet, muß ein dauernder sein. Er darf nicht einen Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, sondern muß eine endgültige friedliche Ordnung bringen. (Lebhafter Beifall.) Wir sind in diesem Kriege mit unseren Bundesgenossen immer fester verwachsen. Der treuen Kriegskameradschaft wird und muß eine **Arbeitsgemeinschaft des Friedens folgen.** (Lebhafter Beifall.)

England will den Handelskrieg auch später noch fortsetzen. So wie es uns militärisch, so will es uns auch wirtschaftlich brutal zerstören. Auch diese Drohung wird zerschellen. Aber die Staatsmänner, die solche Worte brauchten, müssen eingedenk sein: je heftiger ihre Worte, desto stärker unsere Schläge. Das endgültige **Schicksal unserer Kolonien** wird auf dem Kontinent entschieden, und unser Sieg auf dem Kontinent wird uns auch unseren kolonialen Besitz sichern.

Frei und offen und mit wachsender Zuversicht gehen wir der Zukunft entgegen. Nicht in Ueberhebung, aber voller Dank an unsere Krieger und im heiligen Glauben an uns und unsere Zukunft. Wir haben keine Zeit zur Rhetorik. Stärker sind die Tatsachen, die wir für uns reden lassen. (Stürmischer Beifall.) Von allen kriegführenden Mächten ist

Deutschland die einzige, die noch nicht ihren Feinden die Vernichtung angedroht hat.

Als die Katastrophe über Europa hereinbrach, hatten wir **nur** das eine Ziel: uns zu wehren, um den Feind von der Heimat fernzuhalten. **Wir** sind es **nicht** gewesen, die die **gegnerischen Nationen vernichten** wollen. Will jemand ernsthaft glauben, daß es Ländergier sei, die uns zu immer neuen Heldentaten anspornt? Will jemand glauben, daß ein Volk von unserer Kulturstufe über Nacht zu Hunnen und Barbaren geworden sei? Nein, das sind Erfindungen des schlechten Gewissens der am Kriege Schuldigen. (Stürmischer Beifall.) Die neueste Ausgeburt der Erfindungsgabe unserer Gegner ist die Behauptung, daß wir uns nach siegreich beendetem Kriege auf den amerikanischen Kontinent stürzen würden und **Canada** für uns erobern wollten. Das sind **Phantastereien.** Wir lehnen diese übelwollenden Verdächtigungen ab. Um unseren Daseinskampf, um **unsere Zukunft** geht dieser Krieg, und weil das jeder weiß, darum sind unsere Herzen und Nerven stark. (Stürmischer Beifall.) Für Deutschland und **nicht für ein fremdes Stück Land** bluten Deutschlands Söhne. (Stürmischer Beifall.)

Unsere militärische Lage

hat sich seit einem Jahre glänzend geändert. Ungeheueres haben **Heer und Flotte** in der Zwischenzeit vollbracht. Kein anderer Gedanke kann uns beseelen als der: Wie helfen und wie nützen wir am besten unsere Krieger, die draußen für die Heimat kämpfen und ihr Leben in die Schanze schlagen. Ein Geist, ein Wille führt sie. Dieser uns alle einigende Geist leite auch uns. Er ist es, der über den Kampf der Völker hinweg unsere Kinder und Enkel in eine starke und freie Zukunft führen wird. (Stürmischer, lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.)

spricht im Namen des ganzen Hauses dem Reichskanzler Dank und Anerkennung für seine Worte aus. Das deutsche Volk sei in diesem Kriege ein einiges Volk, ohne Rücksicht auf Partei- und Standesangehörigkeit. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei glänzend. Handel und Wandel gingen ungestört weiter, so daß wir hoffen dürften, daß wir auch in dem wirtschaftlichen Kampfe auf Grund unserer Organisation, auf Grund der wissenschaftlichen Entwickelung England besiegen werden. **Nicht nur durchhalten, sondern siegen!** sei für Deutschland die Parole. (Beifall.) In den letzten Tagen hätten unsere **Luftschiffe** und **Unterseeboote** besonders große Erfolge erzielt. Alle Deutschen stimmten der Anerkennung des Reichskanzlers für unsere Truppen zu Lande, zu Wasser und in der Luft rückhaltlos bei. Aber es sei auch unsere Pflicht, den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern unsere Dankbarkeit durch die Tat zu beweisen. Redner beleuchtet sodann, ohne im einzelnen verständlich zu werden, die politische und wirtschaftliche Lage in den feindlichen Ländern und kommt zu dem Schluß, daß Deutschland in jeder Beziehung am günstigsten dastehe. Der Haushaltsausschuß hat den Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei zur unveränderten Bewilligung empfohlen und vom Etat des Auswärtigen Amtes die Bewilligung der Streichung der ordentlichen Ausgaben für die Gesandtschaft in Lissabon und die Konsulate in Lorenzo-Marques und Sankt Paulo de Loanda. Ferner trägt Redner die bekannte Ausschußerklärung zum Unterseebootkrieg vor.

Die Petition des Professors Schäfer in Berlin und Genossen betr. Führung des Unterseebootkrieges soll durch die Annahme dieser Erklärung für erledigt erklärt werden.

Abg. Ebert (Soz.):

Das Bild, das uns der Reichskanzler von der politischen und wirtschaftlichen Lage zeichnete, gibt leider wenig Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Die Erwartung, daß die furchtbaren Blutopfer, die unabsehbaren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges für alle Völker dem Friedensgedanken zum Durchbruch verhelfen würden, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Auch die Friedensdebatte, die im Dezember auf unsere Veranlassung geführt worden ist, hat im feindlichen Ausland wenig Gegenliebe gefunden. Der Herr Reichskanzler hat vorhin darauf hingewiesen, daß die verantwortlichen Stellen in London, Paris, Petersburg seine Erklärung, er sei **bereit, Friedensangebote zu diskutieren,** geradezu mit Kriegsfanfaren beantwortet haben. Auch die letzte Pariser Konferenz der Alliierten hat in diesem Sinne Stellung genommen. Bekannt ist auch, daß namentlich die **sozialistische Partei Frankreichs** keine Friedensneigung zeigt. Aber trotzdem kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die

Friedensneigung bei den Völkern

der feindlichen Länder sich mehr und mehr bemerkbar macht. Besonders in der letzten Zeit sind zum Teil, gestützt auf unsere hier geführte Friedensdebatte, bemerkenswerte Stimmen laut geworden. Ich verweise auf die Verhandlungen in der russischen Duma, namentlich aber auf die Verhandlungen im englischen Unterhause. Die Friedensdebatte dort am 23. Februar d. J. ist von dem Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, dem Sozialisten Snowden, eröffnet worden. Snowden hat sich dabei mehrfach auf unsere Verhandlungen vom 9. Dezember berufen und sich auf die Stellungnahme meiner Parteifreunde gestützt. Snowden hat sich in seiner Rede offen und entschieden für einen baldigen Frieden eingesetzt. Er sagte u. a.: „Wer könnte heute mit Bestimmtheit behaupten, daß eine der streitenden Armeen einen entscheidenden Sieg erfechten müsse. Die Tatsache, daß nach 18 Kriegsmonaten die militärische Lage für die Alliierten so ungünstig ist, beweist nicht, daß ein entscheidender Sieg unmöglich ist, aber in einer Frage wie dieser, wo Millionen Menschenleben auf dem Spiele stehen und das Schicksal Europas entschieden werden soll, ist es ein Verbrechen, den Selbstbetrug zu begünstigen. Kein Mensch mit intelligentem und leidenschaftslosem Urteil wird einen vernünftigen Grund für die Hoffnung auf einen niederschmetternden Sieg nennen können." An anderer Stelle sagte er: „Nun spricht man jetzt mehr von wirtschaftlicher Erschöpfung der Zentralmächte. Aber bis die Zeit kommt, wo der Feind infolge der wirtschaftlichen Erschöpfung zusammenbrechen wird, wird jeder andere Kämpfende tatsächlich in derselben Lage sein. Ein Erschöpfungskrieg wäre so lang und kostspielig, daß er alle kriegführenden Nationen finanziell und kommerziell zu Grunde gerichtet zurücklassen würde." In der gleichen Sitzung haben auch zwei liberale Redner im englischen Unterhause dem Friedensgedanken entschieden Ausdruck gegeben. Die Rede Snowdens läßt keinen Zweifel darüber, daß **der Krieg auf allen Völkern gleich schwer lastet** und daß

alle den Frieden als Erlösung betrachten.

Wenn trotzdem die feindlichen Staatsminister mit ihren Vernichtungsreden den Kriegswillen ihrer Völker immer wieder zu entfachen suchen, so ist das heller Wahnsinn, wenn nicht mehr, denn

nach den Erfahrungen dieses Krieges kann ernstlich niemand mehr mit einer Niederzwingung Deutschlands rechnen. (Sehr richtig!) **Wir sind heute ebenso bereit und gewillt, Frieden zu schließen, wie wir es während des ganzen Krieges gewesen sind. Solange aber die feindlichen Mächte bei ihren Zertrümmerungsplänen beharren, solange die feindlichen Mächte keinerlei Friedensneigung zeigen, solange werden wir mit unserem Volke zur Verteidigung unseres Landes stehen.**

(Bravo!) Uns Sozialdemokraten ist es nicht leicht geworden, mit der Verteidigung unseres Landes auch das herrschende System mitzuschützen. Wir waren höchst unzufrieden mit den wirtschaftlichen Zuständen und standen in schroffem Gegensatz auch zu den politischen Zuständen im Reich. An unserer grundsätzlichen Stellung ist durch den Krieg nichts geändert worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würden aber die Zertrümmerungspläne der feindlichen Mächte durchgesetzt, namentlich die auch auf der Pariser Konferenz der Alliierten scharf wieder unterstrichene Einschnürung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit Deutschlands, so würde dieser Schlag gegen unsere Industrie und unsern Handel außerordentlich schwer die deutsche Arbeiterschaft treffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kampf der deutschen Arbeiter um ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, der Befreiungskampf der Arbeiter würde dadurch weiter zurückgeworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb schützen wir mit der Landesverteidigung die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter, wir verteidigen uns selbst. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) So sehr wir aber unsere Kraft für die Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Landes und für die Sicherung unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit einsetzen, so entschieden wenden wir uns

gegen alle Bestrebungen, die auf die Vergewaltigung fremder Völker hinzielen.

Wiederholt haben wir hier gegen jene Eroberungspläne, die von politisch Unverantwortlichen ausgeheckt und propagiert sind, entschieden Verwahrung eingelegt. An diesem Zustand halten wir unter allen Umständen entschieden fest. (Liebknecht: Und die Rede des Reichskanzlers?) Wir wenden uns nach wie vor auf das Entschiedenste **gegen alle Eroberungsabsichten.** In diesem Zusammenhang muß ich deshalb auch auf das Entschiedenste Verwahrung einlegen gegen die Ausführungen, die der Abg. Spahn über Belgien gemacht hat. (Liebknecht: Und der Reichskanzler? Lachen.) Was der Reichskanzler über Belgien gesagt hat, hat er gesagt, wenn ich ihn recht verstanden habe, selbstverständlich unter Bezugnahme auf seine vorangegangene Erklärung, daß wir nicht daran denken, andere Völker vergewaltigen zu wollen. An dieser Auffassung müssen wir Sozialdemokraten auf das allerentschiedenste festhalten und allen Vergewaltigungsbestrebungen auf das Schärfste entgegentreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Soldaten haben überall Großes und Bewundernswertes geleistet, unsere militärische Lage ist günstiger, das ergibt sich aus den Ausführungen des Reichskanzlers, günstiger als je während des ganzen Krieges. Das kann auch kein klarsehender Gegner ernsthaft bestreiten. Das glaube ich auch heute wieder ganz offen, unbeschadet des Friedenswillens meiner Partei, aussprechen zu können. Angesichts der furchtbaren Opfer dieses grausamsten aller Kriege ist es unseres Erachtens sittliche

Pflicht aller Staatsmänner, alles zu tun, um einer Verständigung der Völker die Wege zu ebnen

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diejenigen, die diesen Gedanken abweisen, laden eine schwere Schuld auf sich. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir erwarten von der Reichsregierung auch nach den heutigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, daß sie steht zu der Friedensbereitschaft, die der Herr Reichskanzler im Dezember hier zum Ausdruck gebracht hat, daß sie bereit ist, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, sobald ein Frieden möglich ist, der dem deutschen Volk die politische Unabhängigkeit, die Unversehrtheit des Reiches, und die wirtschaftliche Entwickelungsfreiheit schafft. (Liebknecht: Und die Eroberungspolitik des Reichskanzlers?) Es sind nicht Gefühle der Schwäche, die uns zwingen, diesem Verlangen Ausdruck zu geben. Unsere unerschütterliche Weltanschauung, die das

Heil der Völker in friedlicher und gemeinsamer Kulturarbeit

erblickt, unsere Sorge, daß dieser Krieg allen Völkern Europas unheilbare Wunden schlägt, daß er den wertvollsten Kulturbesitz Europas vernichtet, das ist es, das uns immer und immer wieder die Stimme für den Frieden erheben läßt. Die feindlichen Mächte setzen ihre Hoffnungen auf unsere wirtschaftliche Erschöpfung. Englands Bestreben ist es, den Aushungerungskrieg gegen unser Volk zu Ende zu kämpfen. Gegenüber diesem Erdrosselungsversuch, der ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die Rechte der Neutralen betrieben wird, ist scharfe Abwehr geboten. (Sehr richtig!) Hier kämpfen wir um unsere Existenz, wir haben das Recht auf unserer Seite, wenn wir die englische

Hungerblockade mit dem U-Boot-Krieg beantworten.

(Sehr richtig!) Darüber kann sich niemand beklagen. Die englische Admiralität war es, die in Friedenszeiten die Abschaffung des Seebeuterechts und eine zeitgemäße Regelung des Völkerrechts auf der See verhindert hat. England macht von dem Seebeuterecht rücksichtslos Gebrauch; der U-Boot-Krieg ist dagegen nur eine Maßregel der Selbstbehauptung. (Sehr richtig!) Verhängnisvoll wäre es aber, wenn man die Neutralen für den englischen Aushungerungskrieg verantwortlich machen wollte. Der rücksichtslosen Torpedierung würden wir mit äußerster Schärfe begegnen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dem U-Boot-Krieg gegen England die Rechte der neutralen Staaten auf das gewissenhafteste respektiert werden müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der vorliegende Antrag wird diesem Standpunkt gerecht, und nur unter dieser Voraussetzung haben wir Sozialdemokraten ihm zugestimmt. (Sehr richtig!) Er spricht von der Anwendung des U-Boot-Krieges gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands gerichtete Kriegsführung und stellt fest, daß dabei die berechtigten Interessen der neutralen Staaten beachtet werden müssen. Das ist der springende Punkt, und das ist das für uns Entscheidende. Es handelt sich also bei dem Antrag lediglich um ein Gebot der Notwehr; meine politischen Freunde werden ihm deshalb zustimmen. Die beste Waffe gegen den Aushungerungskrieg ist deshalb eine wirksame

Organisation unserer Volksernährung

und die rücksichtslose Entschlossenheit zu ihrer Durchführung. (Sehr richtig!) Unerläßliche Pflicht der Reichsregierung ist es, für eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu sorgen und rücksichtslos mit dem wucherischen Treiben der Interessenten aufzuräumen. (Sehr richtig!) Aeußerste Rücksichtslosigkeit ist hier notwendig. Die unabwendbaren Wirkungen des Krieges auf die Volksernährung müssen von allen Volksgenossen gleichmäßig getragen, das Privileg des Geldbeutels muß beseitigt werden, die Zahlungsfähigen dürfen nicht nach wie vor aus dem Vollen schöpfen, während der Minderbemittelte oft nicht das Notwendigste zu erlangen in der Lage ist. Das ist eine ernsthafte Gefahr, die gebieterisch Abhilfe verlangt. Wir Sozialdemokraten haben seit Kriegsausbruch die Regierung fast unausgesetzt mit Vorschlägen auf diesem Gebiet bestürmt; wir haben jetzt im Reichstage erneut in Form eines Antrages ein Programm zur Sicherstellung unserer Volksernährung unterbreitet. In unserer Kriegswirtschaft darf für das freie Spiel der Kräfte kein Raum bleiben. Leider ist durch Mangel an Tatkraft und Voraussicht von der Regierung viel verschuldet worden. (Sehr richtig!) Der Preistreiberei ist viel zu viel Spielraum gegeben; meist griff die Regierung erst ein, wenn die Dinge fast unerträglich geworden waren, vielfach auch erst, als es schon zu spät war. An Verordnungen hat es uns nicht gefehlt, eine hat die andere gejagt; aber mit Papier und Druckerschwärze allein ist es nicht getan. Die besten Bestimmungen sind nutzlos, wenn die Regierung und ihre Organe sie nicht streng durchführen und rücksichtslos allen widerstrebenden Sonderinteressen zu Leibe geht. Wie man in Interessentenkreisen die Verordnungen des Bundesrats respektiert, das hat kürzlich Herr von Oldenburg-Januschau mit der ihm eigenen Grobheit gesagt. Als die Kartoffelbeschlagnahme angedroht wurde, sagte er in einer Versammlung der Westpreußischen Landwirtschaftskammer unter Bezugnahme auf diese Bundesratsverordnung,

das Papier ist geduldig,

die Ausführung liegt in den Händen unserer Provinzialverwaltung, na und zu der können wir Vertrauen haben. (Hört! Hört! links.) Herr von Oldenburg hat auch sehr vertrauensvoll auf den preußischen Landwirtschaftsminister dabei angespielt. Diese Aeußerung ist kennzeichnend, sie zeigt recht treffend die schwache Seite unserer Lebensmittelversorgung, sie ist bezeichnend für das Verhalten weiter Interessentenkreise, sie zeigt aber auch aufs neue, daß selbst bei der Lebensmittelversorgung Preußen den Hemmschuh bildet. Wäre bei der Durchführung dieser Maßnahmen überall scharf zugegriffen, hätte man nicht vielfach zu sehr Rücksicht auf das Spekulationsinteresse genommen, dann hätten die Schwierigkeiten nicht ein so hohes Maß erreicht. Die Tatsache, daß weite Interessentenkreise die Lage auf dem Lebensmittelmarkt zu wüster Spekulation ausbeuten konnten, brandmarkt für alle Zeiten

die kapitalistische Profitsucht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Reichsregierung liegt eine außerordentlich schwere Verantwortung, wenn sie hier nicht unverzüglich und rücksichtslos durchgreift und der berechtigten Erregung weiter Volkskreise Rechnung trägt. (Sehr wahr! links.) Auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik harren wichtige Aufgaben der dringenden Erledigung. In bezug auf die **Fürsorge für die verwundeten Kriegsteilnehmer** halten wir schon jetzt die Festsetzung einer Frist für die Fortsetzung der Bezüge für dringend geboten. Bei den

Unterstützungen der Kriegerfamilien

ist bei der fortgesetzt steigenden Teuerung eine abermalige Erhöhung unabweisbar. Sehr dringend ist noch während des Krieges die gesetzliche Regelung einer Arbeitsvermittlung in Verbindung mit einer Arbeitslosenunterstützung durch das Reich; die aus dem Felde zurückströmenden Massen dürfen nach Friedensschluß nicht der Not ausgesetzt werden. Nötig ist weiter eine Vorlage für das **Verbot der Nachtarbeit der Frauen** und andere Maßnahmen zum Schutze der Frauen und Jugendlichen auch während des Krieges. Unsere Frauen füllen tatkräftig die Lücken im Wirtschaftsleben aus. Das kann nicht genug anerkannt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Aber bei der langen Dauer des Krieges wird die Aufhebung der Schutzmaßregeln immer bedenklicher. Hier muß eingegriffen werden, wenn unsere Volksgesundheit nicht dauernden Schaden leiden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Handhabung des

Belagerungszustandes und der Pressezensur

ist eine Besserung nicht eingetreten, trotzdem der Reichstag auf das entschiedenste alle Mißgriffe und Uebergriffe verurteilt hat. Die Zustände werden hier immer schlechter und fordern zur schärfsten Kritik heraus. Entschiedene Verwahrung müssen wir einlegen gegen die in letzter Zeit erfolgten durchaus unberechtigten Eingriffe in das Versammlungsrecht. Versammlungen, die sich mit den Steuerplänen beschäftigen wollten, wurden verboten, trotz des Versprechens der Regierung, daß solche Versammlungen nicht gehindert werden sollen. In Beschwerdefällen hat die Reichsleitung ja vermittelnd eingegriffen. Aber in welche unwürdige Lage wird die Reichsleitung gebracht, wenn die Militärs ihre Erklärungen im Parlament so wenig beachten? Diese Uebergriffe der Militärs werden als sinnlose Schikane empfunden und tragen zur Verbitterung der Bevölkerung bei. Selbstverständlich werden wir auch bei dieser Tagung wieder die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragen. Am 18. Januar hat hier der Direktor Dr. Lewald erklärt, es solle gesetzlich festgelegt werden, daß die

Gewerkschaften nicht als politische Vereine

behandelt werden dürfen, dem Reichstag werde eine entsprechende Vorlage alsbald gemacht werden. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Alsbald!) Das war eine klare und bündige Erklärung. Gleichwohl ist bis heute die Vorlage uns nicht zugegangen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß die Reichsleitung auf das dringendste ersuchen, ihre Zusage alsbald zu erfüllen und uns den Entwurf vorzulegen. (Zustimmung.) Dabei setzen wir voraus, daß die Vorlage der Regierung alle Gewerkschaften, namentlich auch die der **Landarbeiter** umfaßt, die unter den Plackereien am meisten zu leiden hat. Bei der Vereinsgesetzgebung handelt es sich um die Beseitigung von Wust und Unrat, umso mehr müssen wir verlangen, daß er bald und gründlich ausgekehrt wird. Der Reichskanzler sagte hier im Dezember, nur der Mann gilt, und zwar jeder gleich dem andern. Dieser Gedanke lag wohl dem Versprechen einer

Wahlreform in der preußischen Thronrede

zugrunde. Trotzdem hat der Abg. v. Heydebrand dieses Versprechen als unverantwortlich erklärt und das Dreiklassenwahlrecht für ein Ideal. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen keine Belohnung für unsere Dienste. Unsere Stellung zur Landesverteidigung darf nicht verquickt werden mit Rechten. Wer aber glaubt, die Lehren des Krieges bei Seite schieben zu können, wird furchtbare Enttäuschungen erleben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Thronrede steht der Satz: „In dem ungeheuren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß." Die Massen, die von den Schützengräben heimkehren, werden getragen sein von einem starken Selbstbewußtsein, sie werden erfüllt sein von dem festen Willen, daß der Staat, für den sie ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, nicht die Verwaltungsmaschine einer kleinen bevorrechteten Klasse sein darf. (Sehr wahr!) Dies neue Schützengrabengeschlecht, das dem Tod gemeinsam ins Auge geschaut hat, der keine Klassen, keine Ausnahmen kannte, läßt sein politisches Recht nicht mehr in die Drahtverhaue des Dreiklassenwahlrechts bannen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das neue Geschlecht verlangt **Freiheit und staatsbürgerliche Gleichberechtigung** und es wird, wenn es sein muß, **sie zu erkämpfen wissen.** Deshalb muß **die Friedensstunde die Stunde der bürgerlichen Gleichberechtigung sein.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß: 5¼ Uhr.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Karl Menzer, Frankfurt a. M.-Nordost I
Handlungsgehilfe, 21 Jahre, gefallen am 28. Februar 1916

Friedrich Hamann, Frankfurt a. M.-Nordend
Handlungsgehilfe, 25 Jahre, gefallen am 2. Oktober 1915

August Mathäus, Steinbach i. T.
Zimmermann, 36 Jahre, gefallen am 8. März 1916

Neues aus aller Welt.

Die Mädchenleiche im Reisekorb. Aus Berlin wird berichtet: Vor etwa 14 Tagen ist auf dem hiesigen Stettiner Bahnhof von einem unbekannten Manne ein Reisekorb mit dem Bestimmungsorte Stettin aufgegeben worden. Da sich innerhalb dieser Zeit auf der Reisegepäckstelle des Personenbahnhofes Stettin niemand zur Abholung meldete, öffnete man Mittwoch vormittag den Reisekorb und fand in ihm die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mädchens, das nur mit Strümpfen, sonst unbekleidet war. Der tote Körper war mit Stricken umschnürt, der Kopf und das Gesicht mit einem Tuch verhüllt.

Anordnung
des Kommunalverbandes Wiesbaden (Stadt)
betreffend den
Verkehr mit Auslandsmehl.

Auf Grund der §§ 12 ff., 17 der BBO. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. Seite 607/728) in Verbindung mit den Preußischen Ausführungsanweisungen dazu vom 6. Oktober und 10. November 1915 wird hierdurch für den Bezirk des Kommunalverbandes Wiesbaden (Stadt) mit Zustimmung des Regierungspräsidenten zu Wiesbaden folgendes angeordnet:

§ 1. 1. Wer im Kommunalverbande Wiesbaden (Stadt) Roggen- oder Weizenmehl, das aus dem Ausland stammt, in Besitz hat, um es in seinem Gewerbebetriebe zu verwenden oder zu verarbeiten, ist verpflichtet, über diese Vorräte unter genauer Angabe der Mengen und Sorten dem Magistrat bis zum 15. April 1916 Anzeige zu erstatten.

2. Ebenso hat jeder, der aus dem Auslande stammendes Roggen- oder Weizenmehl in den Kommunalverband Wiesbaden (Stadt) einführt, jeden eingehenden Posten am Eingangstage unter genauer Angabe der Mengen und Sorten anzuzeigen.

3. Die in Ziffer 1 und Ziffer 2 vorgeschriebenen Anzeigen sind schriftlich in zwei Stücken bei dem Magistrat in Wiesbaden einzureichen.

In der Anzeige ist der Name oder die Firma und der Niederlassungsort des Lieferanten, sowie der Ursprungsort des Mehles anzugeben. Der Ursprungsort ist urkundlich nachzuweisen. Als Ausweis gilt ein von einer Behörde ausgestelltes Ursprungszeugnis, doch können auch Frachtbriefe oder Rollquittungen als Nachweis anerkannt werden.

4. Das Mehl darf erst in den Verkehr gebracht werden, nachdem der Nachweis als genügend anerkannt und dem Einführenden das zweite Stück der Anzeige mit schriftlicher Bescheinigung zurückgegeben worden ist.

§ 2. Alle Anzeigen über Auslandsmehl müssen die Aufschrift — Auslandsmehl tragen und getrennt von den anderen Anzeigen erstattet werden.

§ 3. Wer gewerbsmäßig ausländisches Roggen- oder Weizenmehl in den Kommunalverband Wiesbaden (Stadt) eingeführt hat, ist verpflichtet, bei dem Magistrat in Wiesbaden wöchentlich ein Verzeichnis der im Laufe der Woche an Händler, Bäcker, Konditoren und andere Gewerbetreibende, die Mehl zu Nahrungsmitteln verarbeiten, abgegebenen Mehlmengen und ihrer Empfänger einzureichen, und zwar gleichviel, ob die Empfänger im Kommunalverbande Wiesbaden (Stadt) wohnen oder nicht. Wenn Empfänger, die im Kommunalverbande wohnen, solches Mehl nicht in ihrem Gewerbebetriebe verarbeiten oder an Verbraucher abgeben, sondern an Wiederverkäufer in demselben Kommunalverbande absetzen, so sind diese ebenfalls zur wöchentlichen Einreichung des Verzeichnisses verpflichtet.

§ 4. Bäcker und Konditoren, welche Auslandsmehl in ihrem Gewerbebetriebe verwenden, haben über dieses Mehl ein besonderes Mehllagerbuch zu führen. In diesem Lagerbuch ist jeder Posten dieser Mehle, der eingelagert oder vom Lager entnommen wird, noch am Eingangs- oder Entnahmetage unter Angabe des Tages und der Menge zu buchen.

Am 15. und letzten jeden Monats ist bei Geschäftsabschluß das Lagerbuch abzuschließen. Das Auslandsmehl, das zu diesem Zeitpunkt in den Backtrögen vorhanden ist, ist abzuwiegen und als Bestand für den nächsten halben Monat vorzutragen.

§ 5. Ueber das Auslandsmehl haben die Bäcker, Konditoren und Händler am 15. und letzten jeden Monats eine besondere Bestandsanzeige unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke an den Magistrat in Wiesbaden abzugeben.

§ 6. Das aus dem Ausland eingeführte Roggen- oder Weizenmehl darf unbeschränkt zur Herstellung von Kuchen und Konditoreiwaren verwendet und ohne Entgegennahme von Brotmarken verkauft, ebenso darf die daraus hergestellte Backware ohne Entgegennahme von Brotmarken abgegeben werden.

§ 7. Das Auslandsmehl darf nicht vermischt mit Inlandsmehl verkauft oder verbacken werden.

§ 8. 1. Bäcker, Konditoren und Händler, die Auslandsmehl in Besitz haben, sind verpflichtet, dieses Mehl von ihren übrigen Mehlvorräten getrennt zu halten.

2. Die daraus hergestellte Backware ist in den Verkaufsräumen von der aus Inlandsmehl hergestellten Backware gesondert aufzubewahren und durch Anbringung eines deutlich lesbaren Schildes mit der Aufschrift — Backware aus ausländischem Mehl — als solche kenntlich zu machen.

§ 9. Diese Vorschriften treten sofort in Kraft.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Wiesbaden, den 6. April 1916.

W1185 **Der Magistrat.**

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren
Grosse Auswahl. Billige Preise.
Karl Sommer, Kürschner,
41 Wellritzstrasse 41.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

In Freien Stunden
Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.
Buchhandlung Volksstimme